

Ein neues Mandat für Präsident Obama

Herausforderungen für die zweite Amtszeit

Stormy-Annika Mildner, Henriette Rytz, Sonja Thielges

Der Wahlsieg von US-Präsident Barack Obama über seinen republikanischen Herausforderer Mitt Romney war eine (wenn auch knappe) Bestätigung seiner Agenda. Die Mehrheit der amerikanischen Wähler war der Meinung, Obama habe die besseren Rezepte für die enormen Herausforderungen, vor denen das Land steht. So erhielt er das Mandat, den in seiner ersten Amtszeit eingeleiteten politischen Wandel fortzusetzen. Erfolgreich kann der Präsident aber nur dann sein, wenn die politischen Blockaden im Kongress durchbrochen werden. Dort haben sich die Mehrheitsverhältnisse kaum geändert, die Polarisierung ist nach wie vor stark. Doch die USA können sich keinen weiteren Stillstand leisten – und die republikanische Partei keine weitere Wahlniederlage. Dies könnte die Kompromissbereitschaft im Kongress fördern.

Die Präsidentschafts- und Kongresswahlen 2012 haben verdeutlicht, dass die USA einen rapiden demographischen und gesellschaftlichen Wandel durchlaufen, den zu ignorieren empfindliche Stimmenverluste verursachen kann. Durch die Zuwanderung insbesondere aus Lateinamerika und Asien verändert sich die Zusammensetzung der US-amerikanischen Gesellschaft. Gleichzeitig wandelt sich das Wertegerüst vieler US-Amerikaner. Davon profitierte die demokratische Partei besonders bei den Präsidentschafts- und Senatswahlen. Präsident Obama bleibt für eine zweite Amtszeit im Weißen Haus, im Senat konnte seine Partei ihre Mehrheit verteidigen. Sie wird mit 53 Senatoren vertreten sein und kann auf die Unterstützung der beiden parteilosen Senatoren zählen. Wegen des kleinteiligen

Netzes der Wahlkreise fielen bei den Wahlen für das Repräsentantenhaus demographische und gesellschaftliche Veränderungen weniger ins Gewicht. Hier stellt die republikanische Partei nach wie vor die Mehrheit.

Der Weg zur Wiederwahl

Der demographische Wandel

Mit rund 28 Prozent erreichte der Anteil ethnischer Minderheiten an der Wählerschaft bei der Präsidentschaftswahl dieses Jahr ein neues Hoch. Sie bilden mittlerweile den geschlossensten Wählerblock der demokratischen Partei. Über 70 Prozent der Latinos und Asian Americans wählten Obama. Damit konnte er seine Stimmenanteile in

dieser Gruppe deutlich verbessern. Die Zustimmung unter den afroamerikanischen Wählern ging etwas zurück, lag aber trotzdem bei über 90 Prozent. Ohne signifikante Stimmenanteile aus diesen Gruppen sind landesweite Wahlen nicht mehr zu gewinnen.

Die weißen Amerikaner entschieden sich hingegen noch geschlossener als vor vier Jahren, nämlich mit knapp 60 Prozent, für den republikanischen Präsidentschaftskandidaten. Für einen Wahlsieg reichte dies dennoch nicht.

Nicht nur weil ihr Anteil an der Wählerschaft gewachsen ist, sind Latinos zu einem wichtigen Wählerblock geworden. Sie sind auch überdurchschnittlich stark in sogenannten Swing States präsent, in denen keine Partei eine sichere Mehrheit hat. Auf diese Staaten konzentrierte sich der Präsidentschaftswahlkampf. Der Bundesstaat Colorado in den Rocky Mountains etwa, einst eine Bastion der Republikaner, fiel aufgrund seiner rasch anwachsenden Latino-Bevölkerung bereits 2008 an die Demokraten. 2012 entschied sich Colorado erneut für Obama.

Die Gesellschaft der USA rückt in die Mitte

Auch bei weiblichen und jungen Wählern (unter 45 Jahren) errang Obama eine klare Mehrheit. In einer Gesellschaft, die weniger wertkonservativ geworden ist, kommt die progressive Agenda der Demokraten deutlich besser an als die der Republikaner. Mehr als die Hälfte der US-Bevölkerung billigt mittlerweile gleichgeschlechtliche Ehen, die Häufigkeit der Kirchenbesuche nimmt ab, und vor allem Frauen befürworten zunehmend das Recht auf Abtreibung.

Während die US-amerikanische Gesellschaft in die politische Mitte rückt, hat sich die republikanische Partei immer mehr von ihr entfernt, zuletzt hauptsächlich vorangetrieben von der Tea Party. Bei Wahlen kann dies Probleme schaffen. Um sich im Vorwahlkampf durchzusetzen, müssen Kandidaten den rechten Rand der Partei bedienen. In der Folge dominieren passio-

nierte Parteiaktivisten mit einem Hang zu extremen Positionen den Vorwahlprozess. Für eine breite Wählerschaft sind diese Kandidaten allerdings nicht attraktiv.

Am meisten schadete dies den Republikanern im Rennen um die Senatsposten. Drei Viertel der Tea-Party-gestützten republikanischen Kandidaten scheiterten bei den Senatswahlen. Unter anderem deshalb konnten die Demokraten ihre Mehrheit im Senat halten.

Auch Mitt Romney wandelte sich im Vorwahlkampf von einem moderaten Republikaner, der als Gouverneur von Massachusetts (2003–2007) eine Krankenversicherungspflicht in seinem Bundesstaat eingeführt hatte, zu einem Politiker, der das rechte Spektrum seiner Partei umgarnete. Er forderte, die Lebensbedingungen für irreguläre Einwanderer so unfreundlich zu gestalten, dass diese von alleine das Land verlassen würden, und mutierte vom Befürworter zum Gegner des Rechts auf Abtreibung. Auf der Zielgeraden des Wahlkampfes vollführte er zwar einen Schwenk zurück zur politischen Mitte, aber das reichte nicht aus, um die Wahlen zu gewinnen.

Die Themen im Wahlkampf

Die wirtschaftliche Lage der USA, insbesondere die Arbeitslosigkeit, war laut Umfragen das wichtigste Thema im Wahlkampf. Seit Franklin D. Roosevelt, der während der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren amtierte, wurde kein Präsident bei so hoher Arbeitslosigkeit wiedergewählt. Obama jedoch half der positive Trend am Arbeitsmarkt. Kurz vor den Wahlen lag die Arbeitslosenrate mit knapp unter acht Prozent auf dem niedrigsten Wert seiner Amtszeit.

Die Außenpolitik hingegen hat bei den Wählern in den letzten vier Jahren an Bedeutung verloren. Die laufenden Kriege werden zurzeit kaum kontrovers diskutiert. Zudem erregte Präsident Obama mit seiner Außenpolitik, zu der die kurzzeitige Aufstockung der Truppen in Afghanistan und

der Drohneneinsatz in der Terrorismusbekämpfung gehörten, nur wenig Widerspruch bei den Republikanern. In diesem Politikfeld zeigten beide Präsidentschaftskandidaten erstaunlich große Schnittmengen. Traditionell wird der republikanischen Partei größere Kompetenz in auswärtigen Angelegenheiten zugeschrieben, doch diesmal führte Präsident Obama hier in den Umfragen.

Obamas überlegene Wahlkampfmaschinerie

Obamas Wahlkampfstrategie war der seines Kontrahenten Romney deutlich überlegen. Das Team des Präsidenten konnte auf die noch vorhandene Infrastruktur des erfolgreichen Wahlkampfs 2008 zurückgreifen. Dazu gehörte ein besonders dichtes Netz an Außenbüros (field offices), hohe Präsenz in sozialen Medien wie Twitter und Facebook sowie eine Vielzahl freiwilliger Helfer in den Swing States. Hinzu kam 2011/12 der Einsatz hochgradig individualisierter und gezielter Wahlwerbung (targeted campaigning). Außerdem konnte Obamas Team schon 2011 seine Arbeit aufnehmen, als der republikanische Gegenkandidat noch gar nicht feststand. Aus diesen Gründen gelang es der demokratischen Partei, deutlich mehr Wähler zu mobilisieren, als Romney und sein Team erwartet hatten.

Der Präsidentschaftswahlkampf 2012 war der teuerste der US-Geschichte. Insgesamt wurden dafür knapp zwei Milliarden Dollar gespendet. Doch kam es nicht allein auf die Summe an, sondern auch darauf, ob das Geld direkt an die Wahlkampagne, die Partei oder ein Super PAC (Political Action Committee) floss.

Super PACs sind eine neue Form von Wahlspendenkomitees, die infolge einer umstrittenen Entscheidung des Obersten Gerichtshofs vom Januar 2010 entstanden sind und Spenden in unbegrenzter Höhe sammeln dürfen. Sie erwiesen sich aber als nicht so einflussreich, wie Kritiker befürchteten hatten.

Die neuen Komitees brachten Romney zwar deutlich mehr Spenden als Obama. Doch der Herausforderer konnte diesen Vorsprung nicht in einen Stimmenvorteil ummünzen, denn die Super PACs haben einige Nachteile. Laut Gesetz dürfen sie mit den Spenden nicht explizit die Kampagne eines Kandidaten unterstützen. Auch strategische Absprachen mit den Kampagnen können sie nicht treffen. Zudem müssen sie höhere Gebühren für die Ausstrahlung von Wahlwerbespots zahlen.

Der Präsident hingegen profitierte von seinem Vorsprung beim traditionellen Fundraising durch die eigene Wahlkampagne. Dieses Geld konnte flexibler und effektiver genutzt werden als das der Super PACs.

Diesen Vorteil des Präsidenten konnte Romney auch nicht dadurch wettmachen, dass er bei den Wahlkampfspenden an die Partei (statt direkt an seine Wahlkampagne) vorne lag. Denn diese Mittel durften erst nach Romneys offizieller Nominierung als Kandidat Ende August eingesetzt werden. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Obama-Kampagne bereits erfolgreich in Fernsehspots investiert, in denen der Republikaner als abgehobener Multimillionär diskreditiert wurde.

Politische Herausforderungen

Präsident Obama stehen in seiner zweiten Amtszeit große Herausforderungen bevor. »Unser Defizit reduzieren, unser Steuersystem erneuern, unser Einwanderungssystem verbessern, uns (von der Abhängigkeit) von ausländischem Öl befreien. Wir haben noch viel zu tun«, schrieb sich der Präsident in seiner Siegesrede selbst ins Lastenheft.

Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Präsident Obama steht vor einer schier unlösbaren Aufgabe: Der Staat muss sparen, um künftige Generationen nicht über Gebühr zu belasten. Gleichzeitig muss Washington jedoch die fragile Wirtschaft stützen und in die defizitäre Infrastruktur

sowie das Bildungssystem des Landes investieren.

Die US-Wirtschaft erholt sich nur langsam von der schwersten Wirtschaftskrise seit der Großen Depression der 1930er Jahre. Im zweiten Quartal 2012 wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um nur 1,3 Prozent, im dritten Quartal immerhin um 2 Prozent im Vergleich zum vorangegangenen Quartal. Für 2012 rechnet der Internationale Währungsfonds (IWF) mit einer Wachstumsrate von etwa 2,2 Prozent.

Dies reicht jedoch nicht, um die hohe Arbeitslosigkeit spürbar zu reduzieren. Rechnet man die Zahl der Unterbeschäftigten hinzu, lag sie im Oktober bei knapp 15 Prozent. Setzt sich das Tempo fort, in dem Arbeitsplätze gegenwärtig geschaffen werden, dürfte es noch Jahre dauern, bis das Beschäftigungsniveau vor der Krise erreicht wird. Auch der Anteil der Langzeitarbeitslosen, die mehr als sechs Monate vergeblich nach Arbeit suchen, liegt nach wie vor bei etwa 40 Prozent der Erwerbslosen.

Die fiskalpolitische Klippe

Die dringlichste Aufgabe für den Präsidenten besteht darin, die sogenannte fiskalpolitische Klippe (fiscal cliff) zu umschiffen. Ende 2012 laufen zahlreiche Steuervergünstigungen aus, die noch unter George W. Bush beschlossen wurden. Nach Berechnungen des amerikanischen Tax Policy Center ergäbe sich für 90 Prozent aller Amerikaner eine höhere Steuerbelastung – und damit weniger verfügbares Einkommen. Der Konsum aber ist eine wichtige Säule der US-Wirtschaft. Auch nach der Krise beläuft sich sein Anteil am BIP auf etwa 70 Prozent.

Im Januar 2013 träte zudem ein Paket ressortübergreifender Haushaltskürzungen in Kraft. Diese Pauschalkürzungen (Sequester) in Höhe von insgesamt 1,2 Billionen Dollar würden gleichmäßig über zehn Jahre verteilt.

Steuererhöhungen und staatlicher Sparimpuls zusammen würden dem schwächelnden Wachstumsprozess in den USA einen erheblichen Dämpfer verpassen.

Für diesen Fall prognostiziert das Haushaltsbüro des Kongresses (Congressional Budget Office), dass das BIP in der ersten Jahreshälfte 2013 um 1,3 Prozent schrumpfen würde; insgesamt würde die Wirtschaft im Jahr 2013 um höchstens 0,5 Prozent wachsen. Die Arbeitslosigkeit dürfte dann wieder deutlich ansteigen.

Deshalb muss sich der Kongress so schnell wie möglich auf ein ausgewogeneres Sparpaket und einen Steuerkompromiss einigen, die eine harte Landung der US-Wirtschaft verhindern, aber auch den Weg ebnen, die Staatsschulden der USA abzubauen. Seit der Jahrtausendwende ist der Schuldenberg massiv gewachsen; das Haushaltsjahr 2012 schloss laut Schätzung der Haushaltsbehörde des Präsidenten (Office of Management and Budget) im September mit einem Defizit von 8,5 Prozent, die Verschuldung lag bei schätzungsweise knapp 105 Prozent des BIP.

Obama will Ausgabenkürzungen mit höheren Einnahmen kombinieren – ein Ziel, mit dem er bislang bei den Republikanern auf Granit beißt. Um die Steuer senkungen für die mittleren und unteren Einkommensschichten sowie kleine und mittlere Unternehmen zu finanzieren, will Obama die Höchsteinkommen stärker besteuern, Subventionen streichen, Steuerschlupflöcher schließen und die Steuergesetzgebung vereinfachen. Gleichzeitig muss im Kongress ein Kompromiss gefunden werden, der es gestattet, die gesetzlich festgeschriebene Schuldenobergrenze, die derzeit bei 16,4 Billionen US-Dollar liegt, abermals anzuheben. Misslingt dies, wären die USA Anfang 2013 zahlungsunfähig.

Mehr Ungleichheit sowie Reformbedarf bei Bildung und Gesundheit

Infolge der Krise hat die Ungleichheit in der Gesellschaft weiter zugenommen. Die Schere zwischen Reich und Arm klappt immer weiter auseinander. 2011 entfielen auf das oberste Fünftel der Einkommensverteilung 51,1 Prozent, auf das unterste 3,2 Prozent des Einkommens aller Haushal-

te. Zudem lebten 15 Prozent der Bevölkerung im Jahr 2011 unterhalb der Armutsgrenze. Besonders betroffen sind Kinder und ethnische Minderheiten sowie allgemein Menschen im Süden der USA. Obama hofft, mit Maßnahmen im Bildungssektor diesem Trend entgegenzuwirken.

Die wachsenden Defizite in diesem Sektor bereiten den Amerikanern schon seit längerem Sorgen, wie auch Umfragen während des Wahlkampfs zeigten. So scheitern 30 Prozent aller amerikanischen Schüler daran, in den vorgesehenen vier Jahren einen Highschool-Abschluss zu erwerben; unter Afroamerikanern und Latinos liegt die Schulabbrecherquote bei mehr als 50 Prozent. Ein wichtiges Anliegen Präsident Obamas ist es, Qualifikationen zu fördern, die auf dem Arbeitsmarkt gefragt sind. So möchte er mit Hilfe von Partnerschaften zwischen anwendungsorientierten Fachhochschulen (Community Colleges) und Unternehmen zwei Millionen Menschen ausbilden lassen.

Auch in der Gesundheitspolitik steht der Präsident vor großen Herausforderungen. Zwar droht dank seiner Wiederwahl nun nicht mehr die Rücknahme der Gesundheitsreform. Diese wurde 2010 vom Kongress verabschiedet und ist einer der größten Erfolge seiner ersten Amtszeit, war sie doch ein zentrales Wahlkampfversprechen gewesen. Etwa 15,7 Prozent der Bevölkerung sind bisher nicht krankenversichert. Wenn das Gesetz 2014 vollständig in Kraft tritt, müssen alle US-Bürger eine Krankenversicherung abschließen oder alternativ ein Bußgeld zahlen. Noch aber hapert es bei der Umsetzung. Viele Staaten haben immer noch nicht mit der Planung der Gesundheitsbörsen (Plattformen, die ab 2014 die Policen verschiedener Krankenversicherer anbieten sollen) begonnen.

Überfällig ist zudem die Reform der Programme Medicare und Medicaid, mit denen der Staat einkommensschwachen und älteren Menschen medizinische Versorgung ermöglicht beziehungsweise erleichtert. 38,5 Prozent der Rentner profitieren von der staatlichen Krankenversiche-

rung. Die Programme sind sehr kostspielig. Durch die Gesundheitsreform würden die Kosten zumindest langsamer steigen. Kürzungen bei beiden Programmen werden sich aber nicht verhindern lassen, wenn ein Kompromiss um Haushalt und Schuldenabbau zustande kommen soll.

Einwanderungspolitik

In den USA leben schätzungsweise elf bis zwölf Millionen irreguläre Einwanderer. Präsident Obama hatte bereits für seine erste Amtszeit versprochen, ihnen einen Weg zur Einbürgerung zu eröffnen und die weitere Einwanderung in die USA durch ein Gastarbeiterprogramm besser zu regulieren.

Eine solche Reform wird schon länger diskutiert und auch von Teilen der republikanischen Partei immer wieder gefordert. Der damalige Präsident George W. Bush setzte sich dafür ein und erhielt im Senat Schützenhilfe von Senator John McCain, dem republikanischen Präsidentschaftskandidaten des Jahres 2008.

Angeichts des schwachen Abschneidens der Partei unter den Latinos bei den diesjährigen Wahlen könnte eine Reform der Einwanderungspolitik daher durchaus Unterstützung bei den Republikanern erfahren. Denn die Wählergruppe der Latinos legt viel Wert auf eine Reform. Schafft es die Partei, ihr einwanderungsfeindliches Image abzulegen, könnte sie bei den nächsten Wahlen unter Latinos deutlich zulegen.

Außen- und Sicherheitspolitik

Die größte außenpolitische Herausforderung für Präsident Obamas zweite Amtszeit wird der Iran mit seinen nuklearen Ambitionen sein. Sollten Sanktionen und Diplomatie nicht greifen, wird Obama entscheiden müssen, ob die USA militärische Gewalt einsetzen werden.

Nordafrika und der Nahe Osten werden instabil bleiben und verstärkt die Aufmerksamkeit des Präsidenten beanspruchen. Die

Transformation in den Ländern des Arabischen Frühlings stellt die USA vor die Aufgabe, ihre politischen Beziehungen zu Akteuren der Region anzupassen. Die jüngste Eskalation der Gewalt zwischen der Hamas und Israel hat gezeigt, dass die Situation sich jederzeit zuspitzen kann.

Die Chancen für eine erfolgreiche Vermittlung der USA im Nahostkonflikt stehen allerdings schlecht, sollte die Regierung Netanjahu auch nach den Wahlen im Januar 2013 im Amt bleiben, was als wahrscheinlich gilt. Ohnehin wird Obama eine diplomatische Hauruck-Aktion tunlichst zu vermeiden suchen, um nicht wie einst Bill Clinton am Ende seiner zweiten Amtszeit mit einer solchen Initiative Schiffbruch zu erleiden. Ein hochriskantes Projekt eignet sich kaum dazu, ein außenpolitisches Vermächtnis zu hinterlassen.

In seiner ersten Amtszeit trieb Präsident Obama konsequent die Beendigung der zwei großen Kriege der Bush-Ära voran. Aus dem Irak sind die US-Truppen bereits zurückgekehrt, der Abzug der Kampftruppen aus Afghanistan ist für 2014 geplant. Dessen genauer Verlauf und die künftige Zusammenarbeit zwischen Washington und Kabul sind indes noch unklar. Im November wurden bilaterale Verhandlungen aufgenommen. Sie verlaufen jedoch unabhängig von den Planungen der NATO, nach 2014 eine Trainings- und Beratungsfunktion in Afghanistan wahrzunehmen.

Während Obamas erster Amtszeit stand Terrorismusbekämpfung im Zentrum amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik. Obama setzte dabei auf gezielte Tötungen, auch mit Hilfe von Drohnen, und schreckte nicht davor zurück, internationales Recht zu ignorieren. Dieser Trend dürfte sich fortsetzen.

Die innenpolitische Diskussion um Kürzungen im öffentlichen Haushalt der USA wird auch weiterhin den Militärhaushalt nicht aussparen. Präsident Obama unterstützt diese Maßnahmen. Die militärische Vormachtstellung der USA in der Welt werden Ausgabenkürzungen aber nicht gefährden.

Außenwirtschaft

Das Wirtschaftsmodell der USA basiert auf dem Binnenkonsum. Zudem importiert das Land deutlich mehr Güter, als es exportiert. Um dieses Modell zu finanzieren, sind die USA auf Kapitalimporte angewiesen. Diese kommen vor allem aus China, das etwa 21,5 Prozent der US-Staatsanleihen hält.

Die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise hat eindrucksvoll bewiesen, dass die hohe Abhängigkeit vom Binnenkonsum und die makroökonomischen Ungleichgewichte die USA verwundbar machen. Obama hatte sich daher 2009 zum Ziel gesetzt, die Ausfuhren binnen fünf Jahren zu verdoppeln. Seitdem sind die Exporte von Gütern und Dienstleistungen denn auch deutlich gestiegen und liegen nun über dem Vorkrisenniveau von 2007. Eine Verdopplung erscheint durchaus realistisch. Allerdings sind auch die Importe wieder gewachsen, so dass das Defizit in der Handelsbilanz (Güter und Dienstleistungen) sich zwischen 2009 und 2011 erneut vergrößert hat.

Das größte Defizit im bilateralen Handel besteht nach wie vor mit China. Daher wird es für Obama in den kommenden vier Jahren darauf ankommen, zum einen neue Märkte für US-Exporteure zu erschließen, zum anderen weiter gegen Verletzungen internationalen Handelsrechts durch China vorzugehen. Aufgrund der erheblichen gegenseitigen Abhängigkeit ist aber nicht damit zu rechnen, dass Washington China offiziell zum Wechselkursmanipulator erklären wird, um Ausgleichszölle auf chinesische Waren erheben zu können. Das Risiko kostspieliger Handelskonflikte vor der Welthandelsorganisation mit ungewissem Ausgang und politischen Verstimmungen mit China ist zu groß.

Um neue Märkte zu öffnen, wird die Obama-Administration die Verhandlungen über die Transpazifische Partnerschaft (Trans-Pacific Partnership, TPP) vorantreiben. Die USA verhandeln derzeit mit acht Ländern, und zwar Australien, Brunei, Chile, Malaysia, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam. Darüber hinaus sind Kanada

und Mexiko eingeladen, an den Unterredungen teilzunehmen.

Klimapolitik

Die USA erzeugen nach China den höchsten Ausstoß an Treibhausgasen weltweit. Obama hat zwar den Handlungsbedarf in der Klimapolitik erkannt, doch die Aussichten für eine Klimaschutzgesetzgebung sind schlecht. Denn an der ablehnenden Haltung des Kongresses wird sich wenig ändern. Zudem hat der Klimaschutz angesichts der dringenden wirtschaftlichen Probleme keine Priorität auf der Agenda des Präsidenten.

Daher sind von den USA international weiterhin keine festen Zusagen zur Reduktion von Treibhausgasen zu erwarten. Graduellen klimapolitischen Fortschritt kann es in Obamas zweiter Amtszeit aber trotzdem geben.

Wie schon in den vergangenen vier Jahren kann der Präsident die Blockaden im Kongress mit Hilfe seiner exekutiven Befugnisse umgehen. So könnte er die US-Umweltbehörde (Environmental Protection Agency, EPA) anweisen, durch Regulierungen den Ausstoß von Treibhausgasen zu drosseln. Schon im Frühjahr 2012 kündigte die EPA strengere Regeln für Kohlekraftwerke an. Diese müssten dann in neue Technologie investieren. Die Preise für Kohlestrom würden steigen und die Wettbewerbsfähigkeit dieses CO₂-intensiven Energieträgers würde abnehmen.

Auch die Energiepolitik bietet Präsident Obama die Möglichkeit, seine Klimaschutzagenda voranzutreiben. Denn in diesem Politikfeld hat Obama angekündigt, sich auch weiter auf »saubere«, CO₂-arme Energie wie Erneuerbare, Atomkraft und Erdgas zu konzentrieren. Im Kongress stößt die Förderung dieser Energieträger auf weit weniger Widerstand als die Klimaschutzgesetzgebung, dient sie doch auch dem Ziel, die USA unabhängiger von Energieimporten zu machen.

Energiepolitik

Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit von Importen waren wichtige Themen im Präsidentschaftswahlkampf. Obama wird diese Ziele mit verschiedenen Maßnahmen verfolgen.

Eine wichtige Säule seiner Energiepolitik ist die Atomkraft. Erstmals seit 30 Jahren werden mit Unterstützung der Regierung zwei neue Atomkraftwerke in den USA gebaut. Auch erneuerbare Energien will Obama weiter fördern, beispielsweise durch Steuererleichterungen für die Konstruktion von Windkraft- und Photovoltaik-Anlagen.

Mehr als zu Beginn seiner ersten Amtszeit setzt Obama heute auf fossile Energieträger. In den vergangenen Jahren hat die Förderung von unkonventionellem Öl und Gas eine wahre Revolution in den USA erfahren. Durch das sogenannte Fracking, eine Fördermethode, mit der Gas und Öl aus tiefen Gesteinsschichten gewonnen werden, können die USA heute auf gigantische Schiefergasvorkommen zugreifen. Der Preis für Erdgas ist dadurch enorm gesunken, der Anteil von Gas mit verhältnismäßig geringen CO₂-Emissionen an der Stromversorgung rasant angestiegen. Hinzu kommt die Steigerung der Schieferölproduktion: Die USA sind zum zweitgrößten Ölproduzenten außerhalb der OPEC angestiegen. Nach Schätzungen der amerikanischen Energiebehörde (Energy Information Administration, EIA) werden die USA bis zum Jahr 2020 rund die Hälfte ihres Ölbedarfs selbst decken können.

Um die Versorgungssicherheit des Landes zu verbessern, dürfte Obama auch dem von Umweltschützern heftig kritisierten Ausbau der Keystone-Pipeline zustimmen. Über diese importieren die USA Öl aus den Ölsanden Kanadas.

Ausblick: Handlungsspielraum des Präsidenten

Präsident Obama muss weiterhin mit einem sogenannten *divided government* arbeiten, denn im Repräsentantenhaus verfügt die Partei des Präsidenten auch im

neuen Kongress nicht über eine Mehrheit. Im Senat fehlt den Demokraten die Mehrheit von 60 Stimmen, um Blockaden der Opposition (Filibuster) zu durchbrechen.

Die starke Polarisierung zwischen den politischen Lagern dürfte bestehen bleiben. Dafür spricht, dass sich unter den Demokraten eine Bewegung nach links abzeichnet. So ist die Gruppe der fiskalkonservativen Blue Dog Democrats deutlich zusammengeschumpft. Von bisher 24 Mitgliedern werden im neuen Repräsentantenhaus maximal 16 Abgeordnete übrig bleiben. Die Wahl von Elizabeth Warren, einer scharfen Kritikerin der Finanzindustrie, in den Senat rückt zudem die Demokraten dort nach links.

Allerdings scheint sich der Rechtsruck der republikanischen Partei nicht fortzusetzen. Die Partei begreift langsam, dass die radikalkonservative Bewegung ihr schadet. Darum könnte die Parteiführung der Republikaner im Kongress mehr Druck auf die Abgeordneten ausüben, zurück zur politischen Mitte zu finden. Darüber hinaus dürfte der Parteiführung daran gelegen sein, ihre Attraktivität beim wachsenden Wählerblock der ethnischen Minderheiten zu verbessern. Dies könnte ihre Kompromissbereitschaft beispielsweise beim Thema Einwanderungspolitik erhöhen.

Mit anhaltendem Reformstau wird auch der öffentliche Druck auf den Kongress steigen, die Blockaden zu überwinden. Die Zustimmungsraten bei der Bevölkerung für den aktuellen Kongress kam 2012 nie über 20 Prozent hinaus und lag damit so niedrig wie nie zuvor. Zudem hat kein Kongress seit 1947 so wenige Gesetze verabschiedet wie der aktuelle. In der Folge wurden dieses Jahr zahlreiche Amtsinhaber abgewählt.

Transatlantische Kooperationsmöglichkeiten

In den nächsten Monaten werden die USA in erster Linie mit sich selbst beschäftigt sein. Sollte der Kongress aber die innenpolitische Agenda des Präsidenten weiter blockieren, dürfte dieser sich schnell

außenpolitischen Themen zuwenden. Die EU und Deutschland sind immer noch wichtige Partner für die USA, doch die Europäer müssen ihre Relevanz unter Beweis stellen. Daher sollte die EU eine klare Agenda für den nächsten EU-US-Gipfel formulieren und sich mit den USA rasch auf einen Termin einigen. Die Agenda sollte Konfliktthemen und Kooperationsmöglichkeiten enthalten. Mit Blick auf die wirtschaftliche Integration heißt dies, dass die EU deutlich ihre Bereitschaft signalisieren müsste, auch solche Themen aufs Tapet zu bringen, die für sie schwierig sind, zum Beispiel den Agrarhandel. Klimaschutz und Energiesicherheit sollten auf dem Gipfel ebenfalls zur Sprache kommen. Hier könnte die EU die Aufmerksamkeit des amerikanischen Partners von der Energiepolitik wieder stärker zur Klimapolitik lenken. Gerade bei erneuerbaren Energien und Energieeffizienz sind verstärkter Austausch und Kooperation sinnvoll. In der Sicherheitspolitik könnte der Einsatz von Drohnen zum Konfliktthema im transatlantischen Verhältnis werden und sollte frühzeitig diskutiert werden. Auch über neue Wege in der Iran-Diplomatie sollten sich EU und USA verständigen. Schließlich sollten die EU-US-Gipfel wieder zu einem Forum für einen ehrlichen Interessenausgleich werden, denn aufgrund von Ritualisierung und fehlenden politischen Inhalten drohen sie in der Vergangenheit in die Bedeutungslosigkeit abzurutschen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2012
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorinnen wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Zum Thema USA siehe auch:

Stormy-Annika Mildner
Henriette Rytz
Johannes Thimm
State of the Union. Innenpolitische und binnenwirtschaftliche Herausforderungen für die Führungsrolle der USA in der Welt
SWP-Studie 16/2012

Thomas Henneberg
Stormy-Annika Mildner
Washingtons Gratwanderung am finanziellen Abgrund
SWP-Aktuell 56/2012

Henriette Rytz
USA: Konservative unter Anpassungsdruck
SWP-Aktuell 32/2012

SWP-Aktuell 66
November 2012